Deutscher Bundestag **Drucksache 19/8294**

19. Wahlperiode 13.03.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Roman Müller-Böhm, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Missbrauch und Abhängigkeit von Medikamenten

Eine falsche Dosierung oder eine zu lange Anwendung von Medikamenten birgt Gefahren wie Nebenwirkungen, Wechselwirkungen oder Abhängigkeiten. Diese Gefahren betreffen sowohl rezeptfreie wie auch rezeptpflichtige Medikamente. Besonders dramatische Folgen zeigen sich in den USA, wo eine laxe Verschreibungspraxis von Opioiden zu einer regelrechten Epidemie geführt hat. Allein zwischen 2000 und 2015 sollen rund eine halbe Million Menschen in den USA an den Folgen einer Opioid-Sucht gestorben sein (www.spektrum.de/wissen/5-fakten-zur-opioid-krise-in-den-usa/1544581).

In Deutschland werden jedes Jahr rund 3 Milliarden Einzeldosen an Schmerzmitteln als Over-The-Counter-Präparat (OTC) verkauft (www.zeit.de/2017/15/schmerzmittel-rezeptfrei-tabletten-sucht-kopfschmerz), hinzu kommen die ausgegebenen verschreibungspflichtigen Schmerzmittel. Fast die Hälfte der Menschen zwischen 18 und 64 nimmt in Deutschland mindestens einmal im Monat Schmerzmittel (Drogen- und Suchtbericht 2018, S. 74), knapp 20 Prozent der Bevölkerung sogar wöchentlich (ebd.).

Neben Schmerzmitteln haben auch Schlaf- und Beruhigungsmittel, Aufputschmittel, Psychopharmaka und Neuroleptika ein hohes Suchtpotential (Drogen- und Suchtbericht 2018, S. 72). Hier sieht die Bundesregierung überwiegend Schlaf- und Beruhigungsmittel wie Benzodiazepine oder Z-Drugs als Gefahr an (ebd.). Gleichzeitig hat die Bundesregierung im Juni 2018 mit der Analgetika-Warnhinweis-Verordnung neue Kennzeichnungspflichten für OTC-Schmerzmittel festgelegt.

Bemerkenswert ist nach Auffassung der Fragesteller in diesem Zusammenhang, dass im Drogen- und Suchtbericht 2018 darauf verwiesen wird, dass aktuelle Projekte zu Medikamenten im Kapitel 4 des Berichts vorgestellt würden (S. 81). In Kapitel 4.1, in dem die vom Bund geförderten Projekte vorgestellt werden, existiert die Kategorie Medikamente nicht einmal, im Gegensatz etwa zu Alkohol oder Tabak. Auch im Kapitel 4.2 (weitere Projekte) sind nur zwei Projekte aufgeführt, ein Erklärvideo für Geflüchtete („Warum können Medikamente auch schaden?“) und ein Symposium der Bundesapothekerkammer zum Arzneimittelmissbrauch, wobei bei beiden Projekten die Beteiligung des Bundes unklar bleibt.

Auch wenn in einigen weiteren Projekten der Medikamentenmissbrauch als Randthema vorkommt, so ist aus Sicht der Fragesteller keine Strategie in der Prävention und in der Bekämpfung von Medikamentenmissbrauch der Bundesregierung erkennbar, schlimmer noch – die Bundesregierung ist in diesem Bereich praktisch untätig.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Anzahl an Personen weist nach Kenntnis der Bundesregierung eine Medikamentensucht auf (bitte nach Geschlechtern und Altersgruppen aufschlüsseln), und welche Medikamente und Medikamentengruppen sind besonders betroffen?
2. Welche Anzahl an Personen verstirbt nach Kenntnis der Bundesregierung pro Jahr in Deutschland durch eine Medikamentenabhängigkeit bzw. deren Folgen (bitte jeweils für die Jahre 2008 bis 2018 angeben)?
3. Welche Anzahl an Personen unternimmt pro Jahr nach Kenntnis der Bundesregierung einen Selbsttötungsversuch unter Anwendung von Medikamenten (OTC und verschreibungspflichtig), und welche Anzahl dieser Menschen verstirbt dabei (bitte jeweils für die Jahre 2008 bis 2018 angeben)?
4. Welche Schäden entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie weiteren Sozialversicherungen durch den Medikamentenmissbrauch pro Jahr?
5. Welche volkswirtschaftlichen Schäden entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich durch den Missbrauch von Medikamenten oder deren unerwünschte Nebenwirkungen?
6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2013 getroffen, um den Missbrauch von Medikamenten einzudämmen?
   a) Zu welchen messbaren Erfolgen haben diese Maßnahmen bislang jeweils geführt?
   b) Welche Kosten sind bislang für die einzelnen Maßnahmen angefallen?
   c) Welche Maßnahmen in diesem Bereich sind in Zukunft geplant?
7. Welche Projekte, die primär das Ziel der Prävention von Medikamentenabhängigkeit und Hilfe von Betroffenen haben oder hatten, hat der Bund seit 2013 gefördert oder selbst durchgeführt?
   a) Welche Zielvorgaben hat die Bundesregierung jeweils gesetzt?
   b) Wie werden die Projekte jeweils evaluiert?
   c) Zu welchen messbaren Erfolgen haben diese Projekte bislang jeweils geführt?
   d) Welche Zielgruppen wurden angesprochen?
   e) Welche Kosten sind dem Bund hierfür jeweils entstanden?
   f) Welche Maßnahmen in diesem Bereich sind in Zukunft geplant?

8. Welche Forschungsprojekte zur Medikamentensucht und zum Medikamentenmissbrauch unterstützt die Bundesregierung aktuell?
9. Welchen Anteil hatte der Bund an den im Drogen- und Suchtbericht 2018 in Kapitel 4.2 genannten Projekten Erklärvideo für Geflüchtete („Warum können Medikamente auch schaden?“) und Symposium der Bundesapothekerkammer zum Arzneimittelmissbrauch?
10. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung mit der Analgetika-Warnhinweis-Verordnung Schmerzmittel mit einer Kennzeichnungspflicht versehen, und sind ähnliche Maßnahmen auch für andere Medikamente geplant?
11. Welche Medikamente werden nach Kenntnis der Bundesregierung besonders häufig illegal hergestellt und etwa über das Internet gehandelt?
    a) Welche Mengen von illegalen Medikamenten kommen nach Einschätzung der Bundesregierung jedes Jahr in Deutschland in Umlauf?
    b) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die illegale Herstellung von Medikamenten zu unterbinden?
    c) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen den illegalen Handel mit Medikamenten, insbesondere über das Internet?
    d) Welche Erfolge kann die Bundesregierung bislang im Kampf gegen illegale Medikamente vorweisen?
    e) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um gegen die illegale Herstellung und den illegalen Vertrieb von Medikamenten vorzugehen?
12. Wie weit ist nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen die Entwicklung einer S3-Richtlinie zur Medikamentenabhängigkeit fortgeschritten, und wann ist mit einer endgültigen Fassung zu rechnen?
13. Welche Werbeausgaben werden nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich jeweils für OTC- und verschreibungspflichtige Medikamente getätigt?
    a) Welche messbare Wirkung hat die nach § 4 Absatz 3 des Heilmittelwerbegesetzes (HWG) verpflichtende Anbringung des Textes „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ bei Werbung an Endkunden?
    b) Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Regulierung der Werbung für Medikamente, und wenn ja, welche, und wann?

Berlin, den 13. Februar 2019

Christian Lindner und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333